

Rechtsanwalt
Oldenburg i. O.
Peterstraße 52 / Fernruf 2029
Postfachkonto: Hannover Nr. 102094
Bankkonto: Oldenbg. Landesbank A. G.
in Oldenburg

Oldenburg, den 25. November 1949.

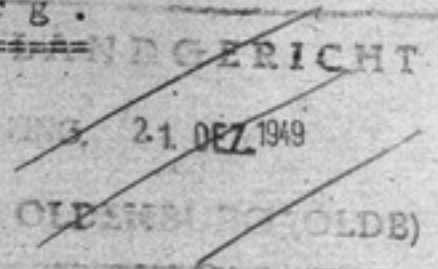
An das
Landgericht - Strafkammer -

Oldenburg.

(Landgericht
Eing. 26. Nov. 1949
Oldenburg)

- 9 Ks 22/49 -

Revisionsbegründung



in der Strafsache gegen D u b b e l u. A.
für die Angeklagten F r ü n d t und E n g l e r.

Ich rüge die Verletzung materiellen Rechts.

I.

Das Schwurgericht hat zu Unrecht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit angenommen. Nach Art. 103 Abs. 2 des am 24.5.49 in Kraft getretenen Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland kann eine Tat nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde. Die strafbaren Handlungen der Angeklagten fallen in die Jahre 1940 bis 1945, als das Kontrollratsgesetz noch nicht erlassen war. Danach könnte eine Bestrafung der Angeklagten unter dem Gesichtspunkt des Kontrollratsgesetzes nicht ausgesprochen werden. Der in allen Kulturstaaten geltende Grundsatz "nulla poena sine lege" gilt nunmehr auch in der Bundesrepublik Deutschland, nachdem es dem nazistischen Regime vorbehalten blieb, diesen Grundsatz in den Satz "nullum crimen sine poena" umzuwandeln. Zu dieser Rechtsfrage wird im einzelnen auf den anl. Beschluss des Landgerichts Münster vom 10.10.49 (Strafsache gegen Brand und Hegemann 6 Js 1004/49) Bezug genommen, dessen Inhalt zum Gegenstand der Revisionsbegründung gemacht wird.

II.

Nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 soll nur eine Handlung bestraft werden, sofern sie objektiv mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft im Zusammenhang steht. Das Schwurgericht lässt eine solche Feststellung nicht erkennen. Dem Angeklagten Fründt wurde von mehreren Zeugen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Er galt im Lager als ein strenger und gerechter Vorgesetzter, der sich für die Gefangenen in vieler Hinsicht eingesetzt hat. Schwache Gefangene hat er geschont und sogar einmal einen Gefangenen vor dem Tode des Ertrinkens gerettet. Bei seiner Fürsorge für die Gefangenen erhielt er sogar einmal von seinem Platzmeister einen Verweis. Insbesondere hat Fründt sich für eine zusätzliche Verpflegung der Gefangenen eingesetzt. Das Schwurgericht hat ausserdem festgestellt, dass gesundheitliche Schäden bei den Misshandlungen nicht aufgetreten sind.

Nach diesen Feststellungen war der Angeklagte Fründt gegenüber den Gefangenen durchaus human. Gelegentliche Entgleisungen waren spontan und standen keinesfalls mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft in Zusammenhang, denn sonst wäre seine Fürsorge für die Gefangenen unverständlich. Ein der nazistischen Ideologie verfallener Wachmann hätte sich nicht so menschlich gezeigt.

Bei dem Angeklagten Engler hat das Schwurgericht sehr viele Fälle von Misshandlungen festgestellt. Es hat aber auch bei ihm wie beim Angeklagten Fründt die menschliche Seite seiner Einstellung zu den Gefangenen nicht gewürdigt. Auch Engler hat

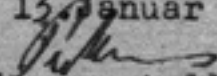
sich für zusätzliche Verpflegung der Gefangenen, besonders soweit es sich um unterernährte Gefangene handelte, eingesetzt. Er war fast bei jeder Essenausgabe zugegen, um Schiebungen vorzubeugen.

Der Angeklagte hat die Haftlinge oft geschlagen. Er war aber seiner Aufgabe nicht gewachsen, da er nur wenig Hilfsbeamte zur Verfügung hatte. Durch die Feindeinwirkungen in den beiden letzten Kriegsjahren hatte sein Gesundheitszustand ausserordentlich gelitten und seine Nerven versagen. Er geriet leicht in Erregung, wenn irgendetwas nicht stimmte. Die Feststellung des Schwurgerichts, dass er die Haftlingen wie Vieh behandelt und ihnen das Leben im Lager zur Qual werden liess, trifft nicht zu.

gez. Hein
Rechtsanwalt.

Vorstehende Abschrift ist mit der Urschrift
gleichlautend.

Oldenburg, den 13. Januar 1950.


Justizangestellter.

